

Karoline Kuhla

FAKE NEWS



Fake News (*auf dt. etwa »Falschmeldungen«*): Im Stil an echte Nachrichten angelehnte, gezielt in die Welt gesetzte Unwahrheiten, die sich meist über Soziale Medien verbreiten. Auch: beleidigender Ausdruck für unliebsame Berichterstattung oder Medien, ähnlich dem deutschen »Lügenpresse«.

nicht mehr so deutlich auf. So stand im ersten Entwurf noch, dass die Löhne der Menschen, die gut verdienen, gestiegen waren, während die Löhne der Menschen, die wenig Geld verdienen, in den vergangenen zehn Jahren gesunken waren. Der Abstand zwischen den Einkommen habe also zugenommen, eine Tatsache, die das »Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung«³² verletze und »den gesellschaftlichen Zusammenhalt«³³ gefährden könne. In der überarbeiteten Fassung sind diese Informationen so nicht mehr zu lesen. Auch der Satz »Allerdings arbeiteten im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Mio. Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro«³⁴ wurde komplett gestrichen.

Doch Journalisten erfuhren von der ersten Fassung und konnten so über die Unterschiede berichten. Offenbar war der Bericht vor allem im Wirtschaftsministerium geändert worden. Auf Nachfrage der Medien sagte der damalige Wirtschaftsminister Philipp Rösler, der Entwurf des Berichts habe nicht »der Meinung der Bundesregierung«³⁵ entsprochen. Da könnte man sich fragen: Geht es denn bei so einem Bericht um Meinungen – oder um Fakten?

Als der Bericht schließlich einige Monate später offiziell veröffentlicht wurde, betonte Rösler: »Deutschland ging es noch nie so gut wie heute.«³⁶ Das muss den Menschen, die in schwierigen Verhältnissen leben und deren Armut gerade von Röslers Ministerium aus dem Bericht gestrichen worden war, wie Hohn vorgekommen sein.

Auch die Bundeskanzlerin hatte kurz vorher im Bundestag gesagt, Deutschland ginge es »so gut wie nie zuvor«³⁷. Menschen, die in unverändert armen Verhältnissen lebten, fühlten sich womöglich ausgeschlossen und Deutschland nicht zugehörig. Im Jahr 2016 hat Angela Merkel diesen Satz fast wörtlich im Bundestag wiederholt: »Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut wie im Augenblick.«³⁸ Doch diesmal schränkte sie die Äußerung etwas ein – vielleicht war ihr in der Zwischenzeit bewusst geworden, dass ihre vorherige Aussage viele Menschen gekränkt hatte. Sie stellte dem Satz also voran: »[B]ei allem, was es noch zu kritisieren gibt – und ich weiß, dass viele Menschen Not haben, und ich halte die Zahl der Menschen, die von Arbeitslosengeld II,

von Hartz IV abhängig sind, auch für viel zu hoch; daran müssen wir arbeiten –, dürfen wir sagen: Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut wie im Augenblick. Auch das muss einmal festgehalten werden.<<³⁹ Wenige Monate später wurde allerdings bekannt, dass die Bundesregierung am darauffolgenden Armutsbericht ebenfalls etwas verändert hatte.⁴⁰

Auch diese Überarbeitungen wurden öffentlich, weil sich die Wissenschaftler, die Forschungsergebnisse für den Bericht zusammengetragen hatten, an die Presse wandten. Es wird einige Bürger und Wähler frustriert haben, dass eine Regierung auf der einen Seite medienwirksam verkündet, Deutschland gehe es so gut wie nie, und auf der anderen Seite Berichte darüber, dass es Menschen in Deutschland vielleicht doch nicht so gut geht, beschönigt. Der Publizist Norbert Schneider hält fest, viele Menschen hätten das Gefühl: »Ich komme nicht vor<<.⁴¹ Sie wollen Aufmerksamkeit und Anerkennung, und sei es für die Armut, in der sie leben.

Politische Krisen

In der **Ukraine**, die an den Osten der Europäischen Union und an Russland grenzt, hat sich ein bewaffneter Konflikt ausgebreitet. Dieser Krieg spielt für die Frage nach dem Vertrauen in die Medien eine große Rolle, weil darüber gestritten wurde, wie unparteiisch die Medien von dort wirklich berichtet haben. Er hat verschiedene Phasen durchlaufen, ist kompliziert und könnte ein eigenes Buch füllen. Darum sei an dieser Stelle nur kurz zusammengefasst, was bisher in der Ukraine passiert ist, um sich dann der Berichterstattung über dieses Thema zu widmen.

Im Frühjahr 2014 besetzten russische Truppen die ukrainische Halbinsel Krim.⁴² Laut dem Ergebnis einer kurz darauf durchgeführten, aber gefälschten Volksabstimmung auf der Krim zogen 95 % der dort lebenden Bürger eine Zugehörigkeit zu Russland vor.⁴³

Auch im Osten der Ukraine, in den Gebieten Donezk und Luhansk, kämpfen Separatisten, vom Kreml mit Waffen und Soldaten unterstützt, gegen ukrainische Truppen.⁴⁴ Die Separatisten streben einen Anschluss

der von ihnen besetzten Gebiete im Osten der Ukraine an Russland an. Im Februar 2015 wurde von den Beteiligten das sogenannte Minsker Abkommen unterzeichnet, in dem unter anderem ein Waffenstillstand vereinbart wurde.⁴⁵ Bis heute wird dieses Abkommen ständig verletzt. Mitte Juli 2017 riefen die Separatisten im Donbass sogar den neuen Staat »Kleinrussland« aus.⁴⁶

Die Berichterstattung aus der Ukraine und den besetzten Gebieten ist schwierig – und das nicht nur, weil dort Krieg herrscht, sondern auch, weil die Stimmung rund um den Konflikt international sehr aufgeheizt ist. Der ukrainische Journalist Maxim Eristavi, der sowohl für amerikanische Medien als auch für russische Staatsmedien gearbeitet hat, schrieb über die Lage 2015: »Mein Arbeitsalltag als ukrainischer Journalist ist ein brutales Informationsschlachtfeld. Seit dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine spielt sich auch ein beispielloser Propagandakrieg ab; wir versinken in einer Flut von Fehlinformationen und halb garen Interpretationen.«⁴⁷ Der deutschen ARD-Korrespondentin Golineh Atai, die ebenfalls über die Ukraine berichtet, erzählten russische Kollegen, wie die Staatsmedien in Russland arbeiteten und dass sie Strategiepapiere erhielten, die »vorschreiben, wie sie argumentieren, wie sie ihre Beiträge aufbauen sollen, welche Worte fallen sollen«⁴⁸. Das ist die eine Seite der Berichterstattung. Mittlerweile gibt es Beweise dafür, wie der russische Staat gezielt Einfluss auf die Berichterstattung in den Separatistengebieten nimmt (mehr dazu [hier](#)).

Russland leugnet, am Krieg in der Ukraine beteiligt zu sein⁴⁹, obwohl dort immer wieder russische Soldaten gefasst werden.⁵⁰ Gleichzeitig wurde auch westlichen Medien vorgeworfen, tendenziös, also pro-europäisch, berichtet zu haben. Dabei wird einigen westlichen Journalisten der Zugang zu den Separatistengebieten erschwert oder unmöglich gemacht. Alice Bota, Moskauer-Korrespondentin der ZEITUNG, berichtete einerseits von ukrainischen Freiwilligenbataillonen, andererseits von Separatisten, die durch Russland unterstützt wurden,

und Menschen, die in den besetzten Gebieten in Bunkern leben. »Kern unserer Arbeit«, so schreibt Bota, »ist es, von beiden Seiten eines Konflikts zu berichten, um ihn besser zu verstehen [...]. Doch man hindert uns daran.« Eines Tages wurden sie und ihr Kollege von der Einreise in die prorussischen, besetzten Gebiete abgehalten. Seitdem können sie nicht mehr aus den Separatistengebieten berichten. »Das Fehlen von Berichten wurde politisch gegen uns Journalisten verwendet. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums warf den westlichen Medien vor, sie berichteten nur von der ukrainischen Seite. Und das trifft zu: Seit zwei Jahren hat etwa die *ZEIT* keine Reportage aus den Separatistengebieten veröffentlicht. Es war schlicht nicht möglich, wir durften nicht vor Ort sein.«⁵¹ Mit Sicherheit haben einige westliche Journalisten, also auch Journalisten aus Deutschland, einen pro-europäischen Blick auf die Lage der Ostukraine gehabt. »Dennoch«, so schreibt Maxim Eristavi, »gibt es einen Unterschied zwischen Sensationslust, Verallgemeinerung oder Vorurteilen einerseits [Anmerkung der Verfasserin: im Westen] und blanken Lügen [aus Russland] andererseits«⁵².

Während der Ukraine Krise beschwerten sich Leser und Zuschauer in Deutschland heftig über Journalisten. »Als ob mit Beginn des Jahres 2014 ein Schalter umgelegt worden sei, schoss der Umfang des Feedbacks plötzlich in die Höhe«, erinnert sich ARD-aktuell-Chefredakteur Kai Gniffke.⁵³ Es kam zu Anfeindungen nie da gewesener Art und auch zu »Lügenpresse«-Rufen⁵⁴ (mehr dazu [hier](#)).

Der im Sommer 2015 stark zunehmende Zustrom von Migrant*innen, die »**Flüchtlingskrise**« in Deutschland und Europa, ist die zweite Krise der jüngsten Zeit, die in die europäischen Geschichtsbücher eingehen wird.⁵⁵ Seit Monaten konnte man im Fernsehen Bilder sehen, die überfüllte Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer zeigten. Menschen aus dem Nahen Osten und aus Afrika machten sich in unsicheren Booten auf diesen extrem riskanten Weg über das Meer, um in Europa Asyl zu beantragen. Sie flohen vor Krieg, Verfolgung und Armut in ihrer Heimat und waren

so verzweifelt, dass sie das Risiko in Kauf nahmen, im Mittelmeer zu ertrinken. Andere Flüchtlinge versuchten, aus dem Nahen Osten über die Balkanstaaten nach Europa zu gelangen, diese Wege werden zusammenfassend als »Balkanroute« bezeichnet.

Jeder Nicht-Europäer, der einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union erreicht und vor Krieg und Verfolgung flieht, kann Asyl beantragen. Diesen Antrag muss er in dem EU-Land, in dem er als Erstes angekommen ist, stellen. Dort wird über diesen auch entschieden, so regelt es das sogenannte Dublin-Verfahren.⁵⁶ Flüchtlinge, die in andere Länder weitergereist sind, werden demnach zurück in das Land geschickt, in dem sie zum ersten Mal europäischen Boden betreten haben. Die Bundesrepublik Deutschland ist von EU-Nachbarn umgeben. Kein Flüchtling kann also nach Deutschland gelangen, ohne zuvor durch ein EU-Land zu reisen, es sei denn, »er fällt vom Himmel«, wie die ZEIT schrieb.⁵⁷

Am ersten Septemberwochenende spitzte sich die Lage zu. Wenige Tage zuvor hatte das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge getwittert: »#Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt.«⁵⁸ Das sollte heißen: Auch unregistrierte Flüchtlinge würden in Deutschland aufgenommen. Tausende Flüchtlinge, die auf ihrem Weg über die Balkanroute am Budapester Bahnhof in Ungarn gestrandet waren, machten sich zu Fuß auf den Weg Richtung Österreich und Deutschland. Angela Merkel und der damalige österreichische Bundeskanzler Werner Faymann wollten vermeiden, dass die Flüchtlinge von Polizisten oder gar Soldaten gestoppt würden. Sie dachten, so würden Bilder entstehen, die Deutschland und Europa nicht verkraften könnten: schwer bewaffnete Uniformierte auf der einen Seite, erschöpfte und verzweifelte Zivilisten auf der anderen. Schließlich wurden die Flüchtlinge mit Bussen und Zügen erst nach Österreich und sehr viele weiter nach Deutschland transportiert. Am Münchner Hauptbahnhof wurden sie von freiwilligen Helfern unter Jubel und Applaus begrüßt und mit Getränken, Lebensmitteln und die Kinder mit Spielzeug versorgt. Die Bilder davon gingen um die ganze Welt.⁵⁹ Viele Zeitungen und